



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

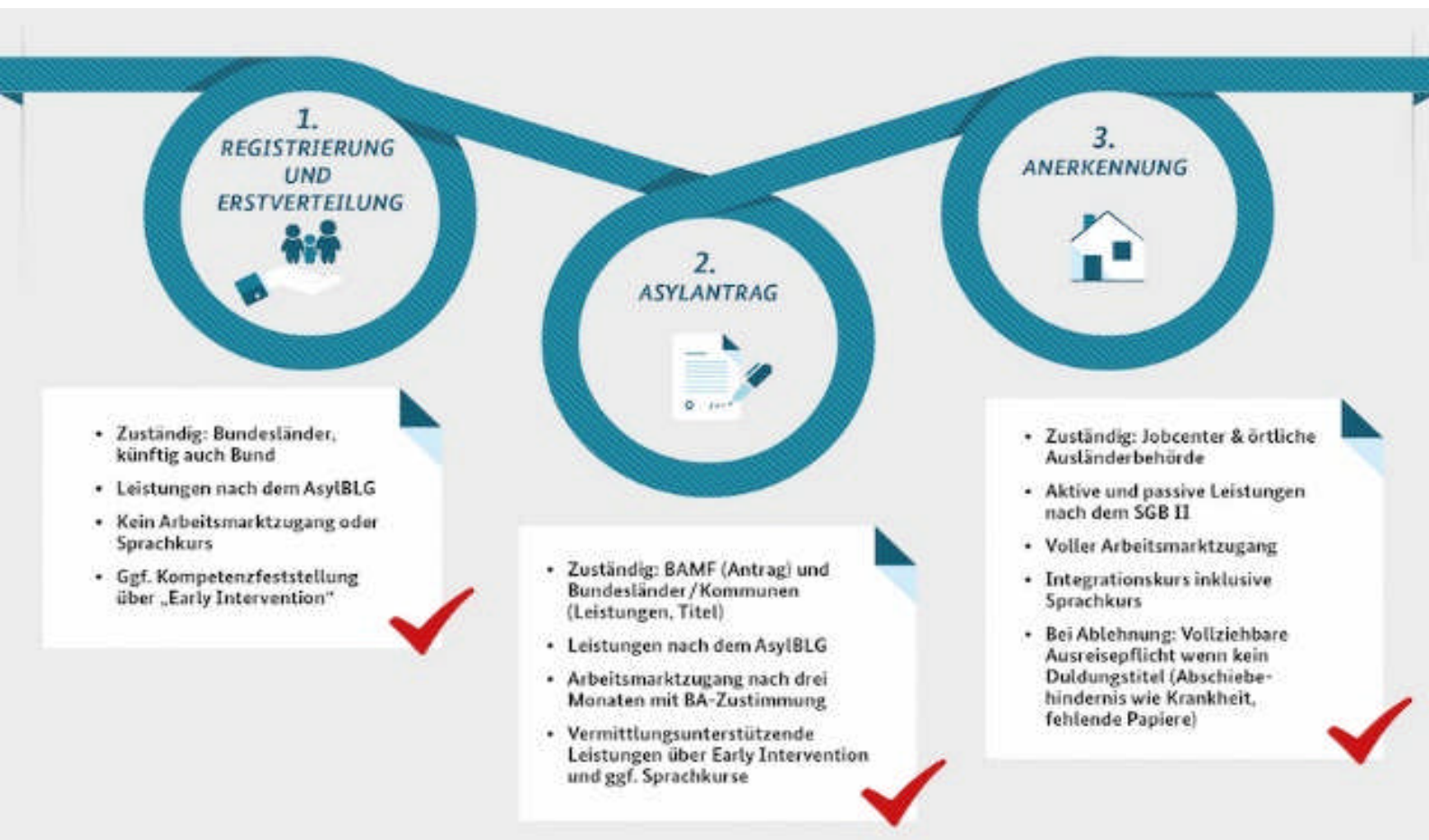
SPD



02. Oktober 2015

Inhalt

- 1. Asylpaket und 2. Nachtragshaushalt 2015**
- 2. Ganzheitliches Verständnis von Pflege**
- 3. Wir feiern 25 Jahre Deutsche Einheit**



Quelle: <http://www.bmas.de/DE/Startseite/start.html>

Asylpaket und 2. Nachtragshaushalt 2015

Nachdem sich Bund und Länder beim Flüchtlingsgipfel letzte Woche auf ein Gesetespaket verständigt haben, fand am Donnerstag bereits die erste Lesung des [Asylpaketes](#) und des [zweiten Nachtrags 2015](#) statt.

Bis zu einer Millionen Menschen werden allein in diesem Jahr auf der Suche nach Frieden, Sicherheit und einem neuen Leben für sich und ihre Familien in unser Land kommen. Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Terror, Krieg und Hunger! Die dramatischen Entwicklungen der letzten Wochen und Monate stellen uns vor enorme gesellschaftliche und ökonomische Herausforderungen. Wir müssen unserer humanitären Verantwortung gerecht werden, ohne die Menschen in Deutschland zu überfordern. Daher ist schnelles Handeln nötig.

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2015 wird sichergestellt, dass wie im Kompromiss vereinbart, eine weitere Milliarde (gesamt 2 Milliarden Euro) noch 2015 zur finanziellen [Entlastung an Länder und Kommunen](#) gehen kann. Um künftige Aufgaben im Zusammenhang mit Flüchtlingen finanzieren zu können, werden 5 Milliarden Euro Spielräume, die aus der guten Wirtschaftslage und Zinsgewinnen in 2015 entstehen, in eine Rücklage für den Haushalt 2016 verschoben. Falls sich bis Ende des Jahres weitere Entlastungen im Bundeshaushalt ergeben, sollen diese ebenfalls in die Rücklage fließen. Grundstücke des Bundes dürfen mietzinsfrei für Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung gestellt und hergerichtet werden. Zudem ist im Nachtrag 2015 ein Zuschuss an den Energie- und Klimafonds (EKF) in Höhe von 1,3 Milliarden Euro vorgesehen, die für die Energiewende zur Verfügung stehen.

Beim Asyl-Gesetzespaket gibt es einerseits Hilfen, um schutzbedürftige Flüchtlinge besser zu integrieren, aber andererseits eine Verschärfung für Menschen ohne Bleibeperspektive.

Die Beschlüsse in Kurzform:

- Ankommende Flüchtlinge sollen über das Programm „Easy“ nach dem „Königsteiner Schlüssel“ verteilt werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bearbeitet die Asylanträge. Dabei kann das BAMF trotz Dublin-III-Verordnung entscheiden, das Asylverfahren in Deutschland durchzuführen. Flüchtlinge werden generell nicht mehr z.B. nach Griechenland, Italien, Ungarn, Malta oder Bulgarien zurückgeschickt, auch wenn sie dort zuerst angekommen sind.
- Wenn der Asylantrag nach 3 bzw. maximal 5 Monaten positiv beschieden wurde, erhält der Flüchtling eine Aufenthalts- und eine Arbeitserlaubnis durch die örtliche Ausländerbehörde. Er erhält dann aktive und passive Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende und hat Anspruch auf einen Integrationskurs inklusive 600 Stunden Sprachkurs durch das BAMF beziehungsweise beauftragte Träger. Daneben gibt es für besonders qualifizierte Menschen berufsbezogene Sprachkurse, ebenfalls durch das BAMF oder ggf. durch die lokalen Jobcenter vermittelt. Auch der reguläre Wohnungsmarkt steht den Flüchtlingen nun selbstverständlich offen.
- Albanien, Kosovo und Montenegro werden als sichere Herkunftsländer eingestuft, damit können Flüchtlinge aus diesen Ländern schneller abgeschoben werden. Menschen aus diesen sicheren Herkunftsstaaten können verpflichtet werden, bis zum Abschluss des Verfahrens in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu bleiben. Den Bürgern der Westbalkanstaaten soll gleichzeitig der legale Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert werden, das war für die SPD wichtig.
- Abbau von Hürden bei der Schaffung von Flüchtlingsunterkünften: Dazu sollen Baustandards ausgesetzt werden, etwa bei Standorten der Unterkünfte sowie beim Einsatz erneuerbarer Energien oder beim Wärmeschutz.
- Auf Druck der Union sollen in Erstaufnahmeeinrichtungen künftig vorrangig Sachleistungen statt Bargeld ausgegeben werden. Die praktische Umsetzung dieser Maßnahme wird von uns jedoch stark bezweifelt.

- Die Gesundheitskarte soll Flüchtlingen einen Arztbesuch ohne vorherige Bürokratie ermöglichen. Die Einführung bleibt den einzelnen Ländern überlassen. Sie dürfen Krankenkassen verpflichten, die Krankenbehandlungen zu übernehmen.
- Integration: Der Bund will die Integrationskurse für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive öffnen. Auch die berufsbezogenen Deutschkurse sollen ausgeweitet werden. Zudem sollen sich Jobcenter frühzeitig um die Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt bemühen.

Der Innenminister von Niedersachsen, [Boris Pistorius \(SPD\)](#), [verdeutlichte in seiner Rede vor dem Bundestag](#), dass der vorliegende Gesetzentwurf das Recht auf Asyl nicht schwäche, sondern im Gegenteil seine Gewährleistung sichere. Des Weiteren sprachen mit [Christine Lambrecht](#) und [Rüdiger Veit](#) auch zwei Hessen.

Ganzheitliches Verständnis von Pflege

Zum 1. Januar 2017 wird das [Pflegestärkungsgesetz II](#) in Kraft treten. Es wird den Pflegebedürftigkeitsbegriff neu definieren und grundlegende Verbesserungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte bringen.

Insgesamt stehen so ab 2017 jährlich 5 Milliarden Euro zusätzlich für die Pflege zur Verfügung. Schon das Pflegestärkungsgesetz I, das am 1. Januar 2015 in Kraft trat, führte zu einer Steigerung der Leistungen in einem Umfang von 2,4 Milliarden Euro. Davon wurden 1,4 Milliarden in die häusliche und 1 Milliarde in die stationäre Pflege investiert.

Insgesamt kommt es so zu einer Erhöhung der Mittel um 25 %, was die größte Aufstockung in der Sozialversicherung darstellt.



Außerdem macht es die finanzielle Situation der Pflegeversicherungen möglich, die Beitragssätze bis in das Jahr 2022 stabil zu halten. Die Einteilung in 3 Pflegestufen, die sich vor allem am zeitlichen Aufwand orientiert hat, wird abgelöst durch eine Einteilung in 5 Pflegegrade. Sie dienen dazu, festzustellen wie selbstständig eine Person in ihrem Leben zurechtkommt. Eine solche Herangehensweise stärkt das, was Pflegebedürftige noch tun können und legt nicht den Fokus auf deren körperliche Gebrechen. Dies hat den großen Vorteil, dass nicht mehr nur somatische Beschwerden in eine pflegerische Versorgung mit einbezogen werden, sondern auch den Alltag einschränkende Krankheiten wie Demenz sowie psychische Erkrankungen. Pflegebedürftige mit solchen Erkrankungen, erhielten bisher keine Pflegestufe und waren gegenüber körperlich zu pflegenden Menschen benachteiligt.

Durch die Ablösung der Pflegestufe durch Pflegegrade wollen wir eine ganzheitliche Pflege ermöglichen, die über eine Betreuung nach dem Motto „satt und sauber“ hinausgeht und sich auch mit den Menschen über ihre natürlichen Bedürfnisse hinaus beschäftigt. Dies bezieht sich vor allem auf die psychosoziale Versorgung und soll so eine individuellere Versorgung des Pflegebedürftigen ermöglichen.

Das Wohnumfeld der Pflegebedürftigen soll angepasst werden, sodass 500.000 Menschen von einer häuslichen Betreuung profitieren könnten. Dies geht einher mit einer vorbeugenden Pflege, welche einen stationären Aufenthalt verhindern soll. Hierbei sollen Familienangehörige stärker in die häusliche Pflege mit eingebunden werden, was unter anderem durch eine einfachere Anerkennung der Rentenansprüche der Pflegenden erreicht werden soll. Außerdem soll durch einen einheitlichen Eigenanteil für alle Pflegegrade auch Geringverdienern der Zugang zu einem höheren Pflegegrad erleichtert werden, was oft zwar medizinisch notwendig für die Betroffenen aber nicht bezahlbar war.

Wir feiern 25 Jahre Deutsche Einheit

Aus Anlass des 25jährigen Jubiläums der Einheit haben die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU/CSU einen [Antrag „25 Jahre Deutsche Einheit - Leistungen würdigen, Herausforderungen angehen“](#) ins Plenum eingebracht. Dieser verdeutlicht, dass die deutsche Wiedervereinigung eine Erfolgsgeschichte ist.

Die Wirtschaftsleistung hat sich in den neuen Ländern mehr als verdoppelt, die Zahl der Arbeitslosen ist auf einem Rekordtief, die Lücke bei den Tariflöhnen ist fast geschlossen, die Verkehrsinfrastruktur ist grundlegend erneuert, der Verfall der Innenstädte und auch die Abwanderung von Ost nach West sind gestoppt: 2014 kamen zum zweiten Mal in Folge mehr Menschen nach Berlin und in die neuen Länder als weggezogen - eine gute Nachricht! Befragt man die Menschen in Ost und West, so fällt auch die ganz persönliche Bewertung der Wiedervereinigung positiv aus: 77 Prozent der Ostdeutschen und 62 Prozent der Westdeutschen haben die Einheit für sich als vorteilhaft erlebt und auch die allgemeine Lebenszufriedenheit ist im Osten (76 %) und Westen (83 %) hoch.

Trotz aller Erfolge der vergangenen 25 Jahre bleibt noch Handlungsbedarf. Dabei müssen wir immer stärker auch die Entwicklung strukturschwacher Regionen in den alten Ländern im Blick behalten. Bis jetzt hat kein einziges deutsches DAX-Unternehmen seinen Sitz in Ostdeutschland. Die Wirtschafts- und Steuerkraft, die Einkommen und der Arbeitsmarkt sind noch nicht auf westdeutschem Niveau. Um dies zu ändern, fordert die Regierungskoalition in ihrem Antrag „25 Jahre Deutsche Einheit - Leistungen würdigen, Herausforderungen angehen“ den kontinuierlichen Ausbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern. Breitbandausbau, Kitausbau, die Förderung der Bildungs- und Forschungseinrichtungen sind hierbei existenziell wichtig für die weitere Angleichung an die westdeutschen Bundesländer. Regionale Unterschiede wird es in Deutschland sicherlich immer geben. Wir finden sie zwischen Ostfriesland und Hessen genauso wie zwischen Sachsen und Vorpommern, jede Region hat ihren eigenen Charakter. Deshalb ist unser Ziel nicht gleiche, sondern gleichwertige Lebensverhältnisse - so steht es auch in unserer Verfassung.

Tag der Deutschen Einheit in Frankfurt

Die zentrale Feier zum 3. Oktober findet immer in dem Bundesland statt, das gerade den Vorsitz im Bundesrat hat - und das ist dieses Jahr Hessen. In Frankfurt/Main wird vom 2. bis 4. Oktober in der zentralen Innenstadt auf dem Römerberg, dem Paulsplatz, der Zeil und am Main das große Bürgerfest zum 25. Jubiläum gefeiert.

Auf dem Goethe-Platz sind die Verfassungsorgane vertreten. Die hessische Landesgruppe der SPD stellt sich unter anderem am 03. Oktober von 16:00 – 17:00 Uhr mit einer nachgestellten Plenardebatte vor, an der 200 BürgerInnen teilnehmen können.

Sie sind herzlich eingeladen uns auf dem Goetheplatz zu besuchen und mitzumachen. Das Programm des Bürgerfests gibt es hier: <http://tag-der-deutschen-einheit.de/programmheft/>.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia